



Regionalplan Bodensee- Oberschwaben

Änderung des Regionalplans
im Bereich Eriskirch

Entwurf zur Anhörung gem. Beschluss der Verbandsversammlung
vom 08.12.2006

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
Hirschgraben 2 88214 Ravensburg
Telefon 0751 36354-0 Telefax 0751 36354-54
eMail info@bodensee-oberschwaben.de
homepage www.bodensee-oberschwaben.de

1 Änderungsantrag

Zwecks Auslagerung des derzeit im Ortszentrum von Eriskirch liegenden Obstgroßhandelsbetriebes Spanagel beantragt die Gemeinde Eriskirch mit Schreiben vom 05.01.2006 eine Änderung des Regionalplans im Bereich Eriskirch-Waldesch. Geplant ist die Ansiedlung des Betriebs nördlich der B 31 im direkten Anschluss an den Seewald. Damit liegt der geplante Standort in einem Kernbereich des Regionalen Grünzugs im östlichen Bodenseeuferebereich. Die geplante Maßnahme widerspricht daher den verbindlichen Zielen des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben 1996, Plansatz 3.2.2.

Begründet wird die geplante Inanspruchnahme des Regionalen Grünzugs seitens der Gemeinde Eriskirch mit der dringend notwendigen Verlagerung des Obstgroßhandelsbetriebs aus dem Ortszentrum (fehlende Erweiterungsmöglichkeiten für den Betrieb, erhöhte Lärmimmissionen insbesondere während der Nachtzeiten), der Notwendigkeit der Ansiedlung im Raum Eriskirch (räumliche Nähe zu den Erzeugern) und den fehlenden Standortalternativen (Näheres s. Antrag der Gemeinde Eriskirch vom 05.01.2006).

Da die geplante baulich-gewerbliche Nutzung in einen besonders sensiblen und laut Bodenseeleitbild und Landesentwicklungsplan 2002 bedeutsamen Landschaftsteil des Bodenseeuferebereichs eingreift, widerspricht diese Planung den Aufgaben und Funktionen des Regionalen Grünzugs Nr. 04 (Landschaft entlang der Schussen von Meckenbeuren bis Eriskirch mit Seewald bei Friedrichshafen und dem Tettlinger Wald). Die Grundzüge der Planung sind damit zweifelsfrei berührt, so dass eine Überplanung der regionalen Siedlungs- und Freiraumkonzeption dieses Raums notwendig wird.

Um die geplante Ansiedlung des Obstgroßhandelsbetriebs an dieser Stelle zu ermöglichen, bedarf es der **Änderung des verbindlichen Regionalplans**. Eine Zulassung im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens ist planungsrechtlich unzulässig (s. auch Schreiben des Regierungspräsidiums Tübingen an das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg vom 06.12.2005).

Anmerkung: Die Größe der im Januar 2006 beantragten Ausnahmefläche wurde zwischenzeitlich von ca. 6,7 ha auf 3,3 ha reduziert (Ergebnis der Besprechung zwischen Gemeinde Eriskirch und Regionalverband Bodensee-Oberschwaben am 18.09.2006).

2 Planungsrechtliche Voraussetzungen für eine Änderung des Regionalplans

Gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 LplG i.d.F. vom 11.08.2003 ist eine Änderung des Regionalplans nur dann zulässig, "soweit wichtige Gründe es erfordern und wenn gewährleistet bleibt, dass sich ... die Änderung nach dem Stand der Arbeiten am Regionalplan in die beabsichtigten Festlegungen des Regionalplans zur Siedlungsstruktur, zur Freiraumstruktur und zur Infrastruktur nach § 11 einfügt."

Um den Nachweis erbringen zu können, dass die Ansiedlung des Obstgroßhandelsbetriebs Spanagel an dieser Stelle überhaupt notwendig ist ("wichtige Gründe"), ist der Prüfung vernünftiger Standortalternativen besondere Bedeutung beizumessen (§ 14g Abs. 1 UVPG und § 7 Abs. 5 ROG). Weiterhin ist zu prüfen, ob durch die beabsichtigte Änderung die Grundzüge der bisherigen verbindlichen Festlegungen berührt sind. Gegebenenfalls kann durch eine Überplanung des Freiraumkonzepts für den betroffenen Teilraum eine Integration der Änderung in das bestehende Gesamtkonzept des Regionalplans zur Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur erzielt werden (s. § 12 Abs. 1 Satz 2 LplG).

3 Strategische Umweltprüfung (SUP)

Auf der Grundlage der Richtlinie 2001/42/ EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. EG Nr. L 197 S. 30) sind Raumordnungspläne einer Umweltprüfung zu unterziehen. Hierbei sind gemäß den Kriterien des Anhangs I der Richtlinie "die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen zu ermitteln, die die Durchführung des Raumordnungsplans auf die Umwelt hat, sowie anderweitige Planungsmöglichkeiten ... zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten." (§ 7 Abs. 5 ROG)

3.1 Feststellung der UVP-Pflicht (§ 14a Abs. 1 UVPG)

Nach § 14b UVPG ist in jedem Fall eine Strategische Umweltprüfung durchzuführen, wenn der Plan bzw. die Änderung des Plans für die Zulässigkeit eines UVP-pflichtigen Vorhabens rahmensetzend ist. Für die vorliegende Regionalplanänderung besteht daher die eindeutige rechtliche Verpflichtung zur Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung.

3.2 Festlegung des Untersuchungsrahmens (Scoping) (§ 14f UVPG)

Bei der Festlegung des Untersuchungsrahmens nach § 14f UVPG sind "die Behörden, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich durch den Plan oder das Programm berührt wird" zu beteiligen (§ 14f Abs. 4 UVPG). In diesem Sinne hat der Regionalverband das Regierungspräsidium Tübingen, das Landratsamt Bodenseekreis und die Gemeinde Eriskirch zu einem Scoping-Termin eingeladen. Dieser fand am **04.10.2006** in Eriskirch statt.

Als wesentliches Ergebnis dieser Behördenbesprechung sind vor allem folgende für den Untersuchungsrahmen bedeutsamen Eckpunkte zu nennen:

- Die Bedeutung der Alternativenprüfung wird allgemein hervorgehoben, wobei seitens der Gemeinde Eriskirch auf die bisher unternommenen Anstrengungen zur Ermittlung von Standortalternativen hingewiesen wird. Seitens der Raumordnung wird zudem die besondere Bedeutung der Regionalen Grünzüge für den Bodenseeuferbereich und das überörtliche Interesse an einer koordinierten Gesamtentwicklung dieses Raumes genannt (s. Schreiben des RPT vom 25.10.2006).
- Die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamtes Bodenseekreis weist auf die unmittelbare Nachbarschaft des geplanten Vorhabens zu dem als Waldbiotop Nr. 283239990141 kartierten Bereich des Seewaldes hin. Es wird das Vorkommen der nach Anhang II der Natura 2000 - Richtlinie besonders geschützten Fledermausart *Myotis myotis* (Großes Mausohr) hervorgehoben und angeregt zu prüfen, inwieweit mögliche Wechselwirkungen zwischen dem Waldökosystem und den sowohl landwirtschaftlich genutzten als auch naturnahen Flächen der Schussenaue beeinträchtigt werden können.
- Das Regierungspräsidium Tübingen weist auf noch nicht abschließend gelöste Probleme bei der verkehrlichen Erschließung des Obstgroßmarktes hin, stellt allerdings eine Lösungsmöglichkeit, z.B. "durch Spiegelung des Kreisverkehrsplatzes von der Südseite auf die Nordseite der B 31", in Aussicht (s. Schreiben des RPT vom 25.10.2006).

Neben den genannten Punkten werden weitere Einzelaspekte benannt, die teilweise aber erst in den nachfolgenden Verfahrensschritten behandelt werden können. Hierunter fallen u.a. die Hinweise des Bodenschutzes zur Behandlung des Erdaushubs sowie die Berücksichtigung des Denkmalschutzes bei der Durchführung der Baumaßnahmen.

3.3 Umweltbericht (§ 14g UVPG)

Die Ergebnisse der Umweltprüfung werden im Rahmen eines eigenständigen Berichts, dem "Umweltbericht", dargestellt und bewertet. Da sie in dieser Form in die planerische Gesamtabwägung einfließen, werden die wichtigsten Ergebnisse der Umweltprüfung im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

Prüfung vernünftiger Planungsalternativen gemäß § 14g Abs. 1 UVPG: Im Ergebnis besitzen nur zwei Standortalternativen eine Realisierungschance:

- der von der Gemeinde Eriskirch vorgeschlagene Standort im Bereich Eriskirch-Waldesch,
- ein im Rahmen eines möglichen interkommunalen Gewerbegebiets Siglishofen/Sibratshaus zu realisierender Standort.

Hinsichtlich des zu erwartenden Transportaufwandes ist unter Berücksichtigung der Transportmengen der Standort Eriskirch-Waldesch in ökonomischer wie ökologischer Hinsicht günstiger zu bewerten als der Alternativstandort Siglishofen/Sibratshaus. Der Unterschied bewegt sich mit ca. 10 % allerdings in einer noch tolerierbaren Größenordnung.

In der Summe sind für den Standort Siglishofen/Sibratshaus geringere Umweltauswirkungen zu erwarten als am Standort Eriskirch-Waldesch (s. Umweltbericht). Inwieweit dieser Standort jedoch als vernünftige Planungsalternative gelten kann, muss aufgrund der derzeit fehlenden Planreife des interkommunalen Gewerbegebiets in Frage gestellt werden.

Prüfung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen gemäß § 14g Abs. 1 UVPG: Die Prüfung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ergibt, dass durch die Zurücknahme des Regionalen Grünzugs im Bereich Eriskirch-Waldesch ein landschaftlich hoch sensibler Raum für Bebauung freigegeben wird. Dies widerspricht grundsätzlich den für den Bodenseeuferebereich geltenden Umweltzielen sowie den Zielen und Grundsätzen des Regionalplans. Weiterhin ist festzuhalten, dass bei Bebauung dieses Bereichs zweifelsohne Auswirkungen auf die in diesem Raum vorhandene vielfältige und teilweise besonders geschützte Tierwelt anzunehmen sind. Störungen der Wechselwirkungen zwischen den ökologisch gesehen hochwertigen Teilen des Waldökosystems "Seewald" und der Schussenaue können nicht ausgeschlossen werden.

Aus Sicht des Umweltschutzes und der Raumordnung können daher Bedenken gegen die beantragte Änderung des Regionalplans nur dann zurückgestellt werden, wenn an anderer Stelle des Bodenseeuferebereichs gleichwertige Flächen in den Regionalen Grünzug einbezogen werden, die derzeit für eine Bebauung zur Verfügung stehen oder in denen eine Bebauung fallweise zulässig ist (s. auch Ergebnis des Umweltberichts).

Der dargestellte Änderungsentwurf sieht daher die Einbeziehung der im Bereich Eriskirch-West an das Sondergebiet südlich der B 31 angrenzenden Fläche sowie den Lückenschluss des entlang der Schussen verlaufenden Regionalen Grünzugs (derzeit bereits Schutzbedürftiger Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege und Grünzäsur im Regionalplan 1996) vor. Durch diese Neuausrichtung des bisherigen regionalen Freiraumkonzepts kann der bauliche Eingriff in die freie Landschaft nördlich der B 31 zumindest teilweise kompensiert werden.

Da von der geplanten Baumaßnahme auch nach EU-Recht besonders schützenswerte Arten betroffen sein können, sind im Rahmen der nachfolgenden Verfahren vertiefende zoologische Untersuchungen durchzuführen, die das Maß der Beeinflussung bestimmen und die gezielte Vorschläge zur Eingriffsminimierung unterbreiten.

4 Prüfung sonstiger raumordnerisch relevanter Belange

Neben den im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung behandelten Belangen des Umweltschutzes sind im Rahmen des vorliegenden Änderungsverfahrens vor allem die verkehrlichen Aspekte sowie die wirtschaftlichen Interessen in die nachfolgende Bewertung einzubeziehen. Fachliche Hinweise hierzu geben vor allem die während des Scopings zur SUP von Seiten des Regierungspräsidiums Tübingen gemachten Ausführungen.

Verkehr: Das Regierungspräsidium Tübingen äußert in seinem Schreiben vom 25.10.2006 Bedenken zur äußeren verkehrlichen Erschließung des geplanten Obstgroßmarktes. Im Einzelnen wird ausgeführt: "Ein direkter Anschluss an die Umgehungsstraße oder deren Anschlussäste kann wegen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht zugelassen werden. Außerdem duldet der Baulastträger der Bundesstraße keinen Anschluss in einer Anschlussstelle. Sofern eine Erschließung über das nachgeordnete Straßennetz nicht erfolgen kann und nachweislich keine anderen Lösungen möglich sind, wäre ein Anschluss an die B 31 verkehrsrechtlich nur indirekt über einen aufwändigen Umbau der Anschlussstelle mit erheblichem Eingriff in die Landschaft auf Kosten der Gemeinde möglich, z. B. durch Spiegelung des Kreisverkehrsplatzes von der Südseite auf die Nordseite der B 31. Das neue Gewerbegebiet könnte dann über den neuen Kreisverkehrsplatz angeschlossen werden."

Nach Rücksprache mit der Gemeinde Eriskirch am 21.11.2006 geht der Regionalverband davon aus, dass der seitens des Regierungspräsidiums angesprochene zusätzliche Kreisverkehr sowohl technisch als auch auf Basis der Mittelerbringung durch die Gemeinde und/oder der Fa. Spanagel finanziell realisiert und die geplante Maßnahme einschließlich der äußeren verkehrlichen Erschließung im Rahmen der vom Grünzug ausgenommenen Flächen umgesetzt werden kann. Die Prüfung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, die abschließende Abwägung aller raumordnerisch relevanten Belange und der Planentwurf zur Anhörung setzen die Umsetzbarkeit der genannten technischen Lösung voraus.

Landwirtschaft: Die Höhere wie die Untere Landwirtschaftsbehörde begrüßen ausdrücklich die Umsiedlung und Erweiterung des Obstgroßhandelsbetriebs Spanagel aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen. Die hierzu notwendige Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen wird in Kauf genommen.

Der Anregung der Landwirtschaftsverwaltung, dass mögliche Auswirkungen des Vorhabens auf die Erschließung umliegender landwirtschaftlicher Flächen sowie die Inanspruchnahme zusätzlicher landwirtschaftlicher Flächen für eventuell notwendige Ausgleichsmaßnahmen geprüft werden sollen, kann im Rahmen dieses Verfahrens nur bedingt nachgekommen werden. Solche Untersuchungen sind in den nachfolgenden Verfahren durchzuführen, wenn die konkreten Planungen des Vorhabens vorliegen. Soweit auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar, sind allerdings bei der derzeitigen Verteilung der Flurstücke und Flurwege keine nennenswerten Einschränkungen für die Erschließung der umliegenden landwirtschaftlichen Flächen zu erwarten.

Forstwirtschaft: Das Regierungspräsidium Tübingen weist auf mögliche Auswirkungen des Vorhabens auf die Bewirtschaftung der angrenzenden Waldgrundstücke hin (z.B. Bewirtschaftungserschwernisse). Aus der Sicht der Regionalplanung kann dieser Aspekt bei den nachfolgenden Planungen berücksichtigt werden. Ein grundsätzlicher Hinderungsgrund für das geplante Vorhaben ist hierin nicht erkennbar.

5 Abschließende Beurteilung und Planentwurf zur Anhörung

Die vorliegenden Ergebnisse wurden in der **Verbandsversammlung** am **08.12.2006** beraten und abgewogen. Im Wesentlichen wurde folgende abschließende Beurteilung vorgenommen:

(1) Die wirtschaftliche und städtebauliche Notwendigkeit der Umsiedlung des Obstgroßhandelsbetriebs Spanagel wird anerkannt. Die Tatsache, dass durch eine zeitnahe Verlegung des Obstgroßmarkts eine baldige Entlastung des Ortskerns von Eriskirch erfolgen kann, wird uneingeschränkt positiv bewertet.

(2) Die äußere verkehrliche Anbindung des geplanten Obstgroßmarkts an die B 31 ist nicht unproblematisch, erscheint allerdings technisch lösbar.

(3) Die geplante Änderung des Regionalen Grünzugs im Bereich Eriskirch-Waldesch ermöglicht die Bebauung eines empfindlichen Teils der Bodenseelandschaft und ist vermutlich nicht ohne negative Auswirkungen für die dortige Tierwelt. Durch die Erweiterung des Regionalen Grünzugs südlich der B 31 im Bereich Eriskirch-West bzw. im Bereich der Schussenaue kann jedoch zumindest teilweise ein Ausgleich geschaffen werden, so dass die Grundzüge der bisherigen verbindlichen Festlegungen nicht berührt sind (vgl. § 12 Abs. 1 Satz 2 LplG).

(4) Die grundsätzlich denkbare Standortalternative in Siglishofen/Sibratshaus erscheint nach dem derzeitigen Kenntnisstand noch sehr unkonkret und wird daher als vernünftige Planungsalternative gemäß § 14g Abs. 1 UVPG ausgeschlossen.

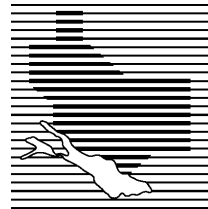
Die Verbandsversammlung hat daher beschlossen, den Regionalen Grünzug im Bereich Eriskirch, wie in beiliegendem Kartenausschnitt dargestellt, zu ändern und das Beteiligungsverfahren nach § 12 Abs. 2 und 3 LplG einzuleiten.

Weiterhin wurde beschlossen, über einen **raumordnerischen Vertrag** zwischen der Gemeinde Eriskirch und dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben sicherzustellen, dass das aus dem Grünzug nördlich der B 31 ausgenommene Gebiet ausschließlich für die Ansiedlung eines Obstgroßhandelsbetriebes der Marktgemeinschaft Bodensee eG vorgehalten wird, und dass weitere Gewerbeansiedlungen in der Schussenaue nördlich der B 31 ausgeschlossen werden. Weiterhin soll vereinbart werden, dass wegen der besonderen landschaftlichen Sensibilität dieses Teils des Bodenseeuferbereichs und der besonderen Problematik bei der verkehrlichen Erschließung die weitere planungsrechtliche Konkretisierung des Vorhabens im Rahmen eines Vorhaben- und Erschließungsplans nach § 12 BauGB erfolgt.

Regionplan Bodensee-Oberschwaben 1996

Plansatz 3.2.2 Regionale Grünzüge

Änderung der Raumnutzungskarte - bisherige Abgrenzung
Gemeinde Eriskirch



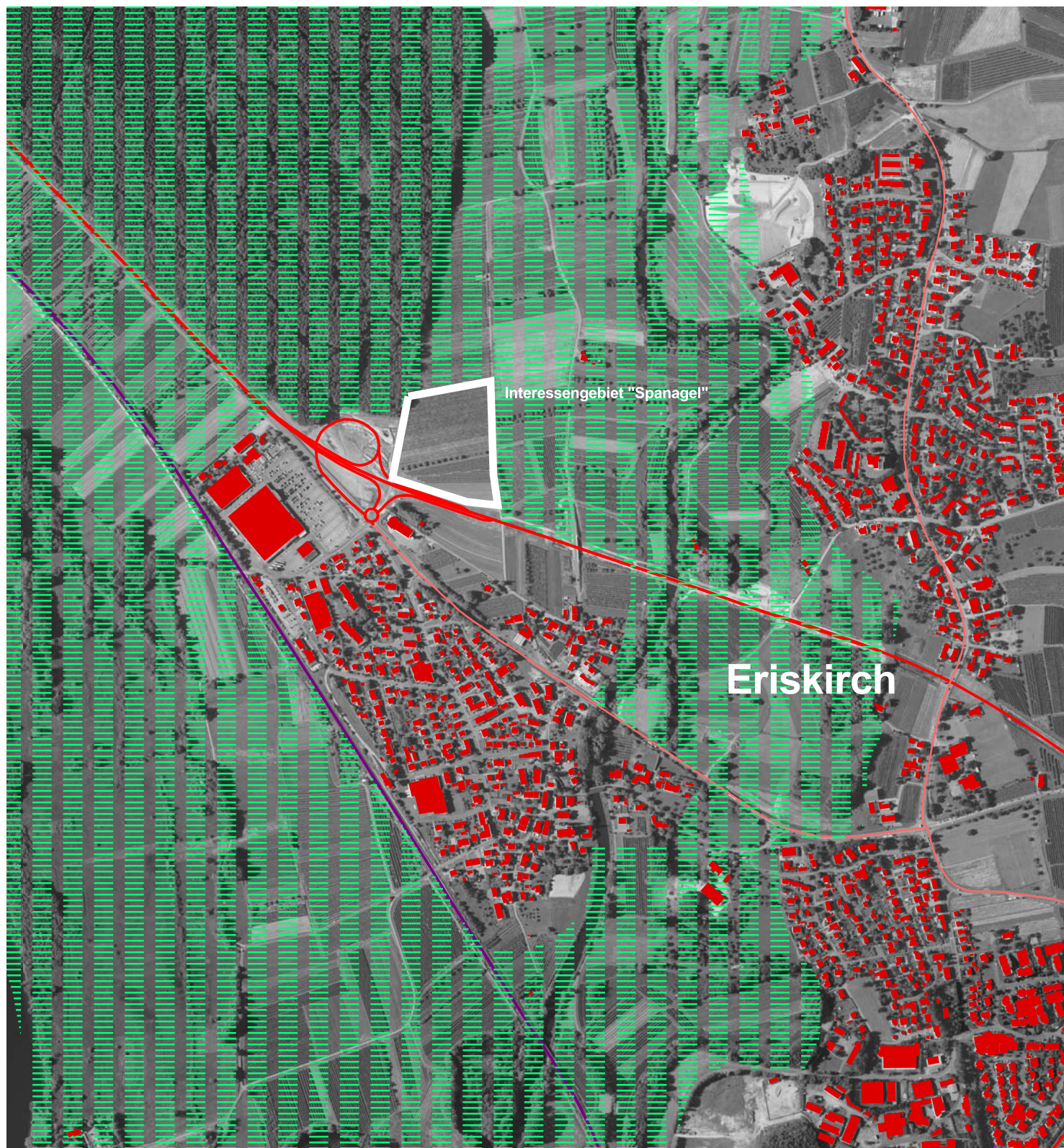
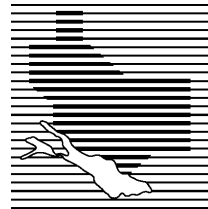
 Regionaler Grünzug

M 1 : 10.000

Regionplan Bodensee-Oberschwaben 1996

Plansatz 3.2.2 Regionale Grünzüge

Änderung der Raumnutzungskarte - Neuabgrenzung
Gemeinde Eriskirch



Regionaler Grünzug

M 1 : 10.000